

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. RM. 1.80, vierteljährl. RM. 5.40, — frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 5.40, — einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 7, — RM. u. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtsparcasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile ober deren Raum RM. 14, —, anwärts RM. 16, —, u. Reklamezeile RM. 40, —. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auktionserteilung werden jeweils 8 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags, u. In Konkurrenzfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 260

Februar 179

Wildbad, Montag, den 6. November 1922

Februar 179

57. Jahrgang

## Das Berliner Turnier

Ein ungleicher Kampf

Aus dem, man muß leider sagen, künstlich hergestellten Dunkel der Verhandlungen der Entschädigungskommission mit der deutschen Regierung tritt allmählich so etwas wie ein Programm hervor. Es wird klar, daß die Kommission nicht nach Berlin gekommen ist, um etwa den englisch-französischen Meinungsstreit zu entwirren oder gar die Entschädigungsfrage auf vernünftigen Boden zu stellen, sondern um den deutschen Schuldnern, über dessen Bankrott kein Zweifel besteht, auf irgend eine Weise und sei es auch nur für kurze Zeit wieder zahlungsfähig zu machen. Woraus wiederum die enttäuschende Tatsache hervorgeht, daß die Mitglieder der Kommission weder die Neigung noch die Vollmacht haben, in die Tiefe des europäischen Unglücks hinabzusteigen und von dort aus die Aufgabe zu lösen. Immer wieder versichert der Vorsitzende Barthou, daß er nur gekommen sei, um über die Festigung der Mark und über den Ausgleich der deutschen Reichs- und Landeshaushalte zu beraten.

Auffällig wirkt, daß die französischen Mitglieder der Kommission bis jetzt noch mit keinem Wort auf den Goldschatz der Reichsbank zu sprechen gekommen ist. Barthelemy scheint einen Teil seiner wirtschaftspolitisch eigenartigen Vorgehensweise verhehlt zu haben. Die Anwesenheit der ausländischen Finanzfachverständigen in Berlin hat wohl die Wunder bewirkt. Vor deren ökonomischer Weisheit fürchtet man, sich mit unüberlegten Schritten zu klanieren. Es ist in dieser Beziehung ja sowohl in Paris (siehe die Denkschrift Barthou) als auch in Berlin (siehe die Devisenordnung) gesündigt worden. Man geht also beiderseits sehr vorsichtig zu Werke, und so weit die Technik und Taktik der Verhandlungen in Frage kommt, ist alles in guter Ordnung. Es ist den Politikern, die meist dem Finanzfach fern stehen, klar geworden, daß man die deutsche Mark nicht einfach durch einen Goldfundgriff festigen kann, sondern daß dies in erster Linie vom Gleichgewicht des Reichshaushalts abhängt. Umgekehrt können Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reichs erst dann in ein vernünftiges Verhältnis gebracht werden, wenn Aussicht besteht, daß die Währung nicht weiter sinkt. Beide Aufgaben haben sich nicht gegenseitig auf, wie es beim ersten Anblick scheinen mag, sondern man muß sie nur getrennt und jede gründlich (und ehrlich) für sich behandeln.

Dazu kommt allerdings noch folgendes: Wer der Ansicht ist, daß Zeit- und Weltgeschichte von Persönlichkeiten und nicht einfach von Bedingungen und Entwicklungen gemacht wird, der sieht mit einiger Sorge auf die Figuren des Berliner Kampfspiels. Auf der einen Seite des Schachbretts Barthou, die Kommissionenossen an Temperament und Energie weit überragend, ein Mann, der als Abgeordneter, Ministerpräsident, Kriegsminister und Justizminister stets mit einer gewissen Erbitterung die nationalen Interessen seines Landes verfochten hat, selbst in Genoa, wo er in merkwürdiger Gegenüberstellung zu Poincaré trat, unerbittlich deutschfeindlich. Sogar man ihm doch nach, daß bei dieser Haltung tief persönlicher Groß über den Verlust seines achtzehnjährigen Sohns im Krieg mitspielt. Wie dem auch sei, Barthou ist ein äußerst hartnäckiger Gegner, entschlossen, aus den Berliner Verhandlungen den größtmöglichen und nur den nächstliegenden Vorteil Frankreichs herauszuholen. Auf der anderen Seite die deutsche Regierung, bestehend aus dem Reichskanzler Wirth, dem Reichsfinanzminister Hermes und 2 Staatssekretären. Sämtliche deutsche Herren sind keine im Verkehr mit dem besten Willen befehle, bei diesen Verhandlungen die Lage Deutschlands zu retten. Er arbeitet mit unermüdlicher Anstrengung seiner, wie die Umgebung weiß, erneuern Armeen. Aber ob er der diplomatischen Gerissenheit eines Barthou gewachsen ist, diese Frage wagt wohl niemand zu bezagen.

Mehr Offenlichkeit

Neben der Tagung der Entschädigungskommission ist nun aber auch die Konferenz der ausländischen Finanzfachverständigen vom Start abgelaufen worden. Der holländische Bankier Bittering bringt den Plan mit, den er schon 1920 in Brüssel vorgebracht hat. Professor Cassel aus Schweden wiederholt die Vorschläge, die er seinerzeit ebenfalls in Brüssel als Gutachter der englischen Regierung entwickelte. Neu, aber auch nur in einem gewissen Sinn, ist das Gutachten des aus Genf herbeigeleiteten Amerikaners Fentz. Er verordnet der im Todesleber liegenden deutschen Währung eine Goldanwendung, die durch eine äußere Anleihe gebildet werden müßte. Im übrigen tritt Fentz durchaus in die Fußstapfen des Morganschen Bankierauschusses, der ja demnach wieder einen Rat in Paris abhalten will, indem er die Ansicht vertritt, daß eine Anleihe erst nach Aufhebung des Londoner Ultimatus Erfolg haben kann. Was die äußere Anleihe betrifft, so müßte, meint Fentz, die Entschädigungskommission auf ihre ersten Zugriffsrechte verzichten. Das könne sie ganz gut auch nach dem Verfall der Ver-

trag, wenn die Anleihe, ohne auf Entschädigungsfonds zu gehen, mittelbar doch dem französischen Wiederaufbau dient. Er fragt, warum denn die französ. Vertretung in der Kommission nicht versuchen wolle, den bewußten Verzicht vor dem französischen Volk zu verteidigen? Man sieht, die neutralen Berater eilen der politischen Gläubigergesellschaft mit ihrer Vernunft und Einsicht weit voraus. Kommt die Gruppe um Barthou und Bradburg bei diesem Weitrennen nach?

Reichsfinanzminister Hermes hat vor der Kommission dargelegt, daß nach Ansicht der deutschen Regierung die Festlegung der Mark mit einer äußeren Anleihe begonnen werden müsse. Voraussetzung allerdings sei, daß die Kommission auf die Vorrechte verzichte. Offenbar ist hier und zwar in keineswegs ungeklärter Weise der Versuch gewagt, die Pläne der neutralen Sachverständigen auf den Sitzungstisch der Kommission zu bringen. Zu einem solchen Schritt gehört aber unbedingt die Unterstüßung der Dessenlichkeit. Leider haben die maßgebenden Stellen nicht das mindeste Verständnis für eine gute Begleitmusik der Presse, wie sie einst Bismarck, auch Bülow, ja eigentlich jeder Diplomat von Fach übte. So kommt es, daß Herr Barthou vollständig das Feld beherrscht. Er bleibt dabei: Deutschland muß seine Währung aus sich heraus heilen, und wenn es dabei zugrunde geht. Nur die innere Anleihe wird vorerst erlaubt. Der Rest ist — Ueberwachung. Auch was Herr Bradburg denkt, erfährt man ohne Widerspruch: Durch den Goldbestand der Reichsbank werde nach heutigem Kurs der ganze deutsche Papiergeldumlauf „mehr als doppelt gedeckt“. Welch verhängnisvoller Irrtum! Reichsbankpräsident Havenstein hat am 28. Okt. in der Sitzung des Zentralausschusses seines Instituts außerordentlich wichtige Aufschlüsse über diesen Punkt gegeben. Ist es nicht an der Zeit, jene Aufschlüsse vor der Kommission und vor der europäischen Dessenlichkeit zu wiederholen?

## Milliardenkredit für die Landwirtschaft

L. C. Der vom Abg. Dingler und Genossen im württ. Landtag eingebrachte Antrag auf Gewährung eines Kredits für die landwirtschaftlichen Bezugs- und Abgaborganisationen, für Gemeinden und städtische Konsumorganisationen war Gegenstand einer Beratung im württ. Ernährungsausschuss. Der Kredit soll von der Reichsbank gewährt werden nach Grundfähen, die kürzlich in Baden bekannt gegeben worden sind. Ministerialrat Springer gab über den Stand der badischen Kreditaktion Auskunft. Demnach werden die landwirtschaftlichen Vereinigungen in Baden wohl auf diesen Kredit verzichten müssen, weil er für die Landwirtschaft nicht geeignet erscheint. Die Landwirtschaft braucht einen Produktionskredit, der erst zu Ende des nächsten Jahres zurückbezahlt werden könnte. Die Reichsbank ist nur bereit, Wechsel mit drei- und sechsmonatlicher Laufzeit zu diskontieren. Trotzdem will man aber in Württemberg versuchen, einen Kredit zu brauchbaren Bedingungen zu erlangen. Er soll eine Milliarde Mark betragen und soll ausschließlich dazu bestimmt sein, der heimischen Landwirtschaft die Beschaffung von Kunstdünger und Saatgut zu ermöglichen. Die städtischen Genossenschaften sollen den Einkauf von inländischen Lebensmitteln, besonders auch von Kartoffeln mit einem weiter zu gewährenden Kredit bewerkstelligen können. Wenn man bedenkt, daß die Regierung in früheren Jahren zu gleichen und ähnlichen Zwecken schon eine Million und in schlechten Jahren auch mehrere Millionen zur Verfügung stellte, so erscheint der Betrag von 1 Milliarde Mark für die Landwirtschaft für heutige Verhältnisse nicht zu hoch. Der Kredit würde vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften und von der Zentralbankgenossenschaft des Schwäb. Bauernvereins in Umlauf kommen sein. Die Verteilung auf die beiden Organisationen würde erfolgen nach Maßgabe des jeweiligen Umlages im Jahr 1921, umgerechnet auf den Bestand des 1. Nov. 1922. Zu den Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen sind, waren beigezogen Vertreter der Zentralstelle für die Landwirtschaft, der Landwirtschaftskammer, des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften, des Schwäb. Bauernvereins mit Zentralstelle und des Landes. Hauptverbandes. Auch ein Vertreter des württ. Finanzministeriums war als Gast zugegen.

## Mussolinis Persönlichkeit

Benito Mussolini ist keineswegs, wie vielfach angenommen wird, gelehrter Schriftmann. Er stammt aus der Romagna, aus einer armen Arbeiterfamilie. Nach dem Besuch der Volksschule verdiente er sein Brot als Steinarbeiter. Er wurde Mitglied der sozialistischen Partei, einer ihrer radikalsten Vertreter, der sich der Verfolgung mehrmals durch eine freiwillige Verbannung nach Paris und nach der Schweiz entziehen mußte. Er lernte auf diese Weise französisch und deutsch. Nach Italien zurückgekehrt, wurde er Mitarbeiter, später Schriftleiter des führenden sozialistischen Blatts in Stalien, des „Avanti“ in Mailand. Die Ereignisse des Welt-

kriegs trieben ihn ins nationalistische Lager. National und sozial waren für diesen Arbeitersohn keine Gegenätze. Er begründete in Mailand den „Popolo d'Italia“, in dem er lebhaft für den Krieg wirkte. Als Italien in den Krieg eintrat, legte Mussolini seine Persönlichkeit für seine Politik ein und zog als Kriegswilliger ins Feld, aus dem er schwerverwundet zurückkam. Er übernahm wieder die Leitung des „Popolo d'Italia“, ohne politisch sonderlich hervorzu treten. Nach den Friedensschlüssen mit dem Anwachsen und der fortschreitenden Radikalisierung der Arbeiterbewegung findet er in der Bekämpfung des einmännigen Pazifismus, des internationalisierenden Internationalismus, ein neues Tätigkeitsfeld. Nach den kommunistischen Fabrikbesetzungen und dem Bombenattentat von Bologna gewann der Faschismus ruck an Boden. Bezeichnenderweise auch in der Arbeiterschaft.

## Die Russen wieder in Wladivostok

In einem Tagesbefehl an Heer und Flotte gibt Trotski die Entnahme Wladivostoks durch die roten Truppen bekannt. In dem Tagesbefehl wird betont, daß die Republik des fernsten Ostens China und Sowjetrußland ein untrennbares Ganzes bedeuten und Sowjetrußland jedoch den Ausgang zum Stillen Weltmeer wieder zurückerobern hätte. Ueber das Schicksal der letzten weißen Truppen und der Regierung von Wladivostok ist nicht das Geringste bekannt geworden. Es verstärken sich die Gerüchte, daß Japan und Sowjetrußland im Tschangtschun tatsächlich ein geheimes Vorabkommen getroffen haben. Doch Einzelheiten über dasselbe sind allerdings noch nicht genau bekannt. Es verrieterte, daß sich Japan als Preis für die Räumung des Küstengebiets und Wladivostoks von Sowjetrußland freie Hand in China und der Mandchurei habe zusichern lassen. Zwischen Japan und Sowjetrußland soll auch ein Handelsabkommen vereinbart werden.

## Neue Nachrichten

### Die Beratungen mit der Entschädigungskommission

Berlin, 5. Nov. Die ursprünglich von der Reichsregierung aufgestellten Vorschläge über die Festigung der Mark des Reichshaushaltsausgleichs und die Regelung der schwedischen Schuld haben sich als ungenügend erwiesen. Das Kabinett hat in einer Besprechung, der auch Reichsbankpräsident Havenstein anwohnte, beschlossen, die Vorschläge einer Nachprüfung zu unterziehen.

### Die deutschen Vorschläge

Berlin, 5. Nov. Der Berichterstatter des „Welt Parisien“ wirt von besonderer Seite erfahren haben, daß die von der Reichsregierung der Entschädigungskommission übergebene Denkschrift folgenden Inhalt habe: 1. Die Unzulänglichkeit einer innerdeutschen Stabilisierungsmäßnahme ohne gleichzeitige Hilfe von außen. 2. Die Notwendigkeit einer großen Anleihe zur Stabilisierung und zum Ausgleich des Budgets. Vorge schlagen würde eine Summe von über 500 Millionen Goldmark. 3. Die deutsche Regierung sei für den Fall, daß eine Auslandsanleihe erreicht würde, bereit, einen Teil der Goldreserve der Reichsbank zur Verwendung bei der Stabilisierungsmäßnahme zu opfern. 4. Die Notwendigkeit, das Londoner Zahlungsstatut zu revidieren, um den Abschluß einer Anleihe zu ermöglichen. 5. Die Notwendigkeit einer langfristigen Stundung für alle ausstehenden Leistungen. 6. Die Berücksichtigung der Beschlüsse der Pariser Bankierkonferenz. 7. Die Notwendigkeit, für die Sachlieferungen einen Aufschub zu gewähren, jedoch nur für die materiellen, die nicht ausschließlich im Norden Frankreichs Verwendung finden. 8. Zusage, die Kosten der Sachlieferungen durch eine innere Anleihe zu decken. 9. Zusage, die Budgeteinnahmen zu erhöhen und die Ausgaben herabzusetzen. Es wird auf die neue hundertprozentige Erhöhung der Posttarife und auf die Beamtenentlassungen zwecks Ersparnis von 3 Milliarden angezogen. 10. Irigend eine Finanzkontrolle könnte nur das Resultat haben, die deutsche Wirtschaft und damit auch die Alliierten zu schädigen.

### Vorschläge des Reichswirtschaftsrats

Berlin, 5. Nov. Die beteiligten Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats bringen für die Festigung der Mark in Vorschlag: Neuregelung der feindlichen Entschädigungsforderungen mit mehrjährigem Zahlungsaufschub, Erhöhung der Reichseinnahmen neben größter Sparsamkeit in den Verwaltungen, Steigerung und Verbesserung der Arbeitsleistungen. Ferner soll eine wertbeständige Anleihe aus gegeben werden, damit das Sparen wieder einen Zweck bekomme; eine unbefristete Goldanleihe würde der Reichswirtschaftsrat nicht verantworten können. Zu erwägen wäre endlich eine künftige Kredithilfe für Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel.

### Das Urteil im Hermesprozeß

Berlin, 5. Nov. Wegen Beleidigung des Reichsminis-

Herr Hermes wurde der Schriftleiter der früheren „Freiheit“, Hensel zu 10 000 M Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Das Urteil wird im „Vorwärts“, in der „Germania“ und in der „Köln. Volkszeitung“ auf Kosten des Verurteilten veröffentlicht.

### Hessen verweigert die Kartoffelausfuhr

Berlin, 8. Nov. Auf das Kartoffelausfuhrverbot der hessischen Regierung hat Reichspräsident Ebert an die Regierung das Erluchen gerichtet, das Verbot wieder aufzuheben. Da die Bitte abgelehnt wurde, hat der Reichspräsident nunmehr an die Regierung das bestimmte Verlangen der Rückgängigmachung gestellt.

### Die neue österreichische Notenbank

Wien, 5. Nov. Der Nationalrat hat den Gesetzentwurf angenommen, der die Regierung ermächtigt, Anleihen von 80 Millionen Goldkronen aufzunehmen. Das Gesetz zur Einrichtung der neuen Notenbank wird alsbald zur Verabschiedung gelangen. Die Bank soll am 20. November ins Leben treten. Von dem Aktienkapital von 30 Millionen Goldkronen wird der Staat 20 Millionen beibringen, unter Verwendung des auf Österreich entfallenden Anteils des Goldbestands der ehemaligen österreichisch-ungarischen Bank, 10 Millionen haben die beteiligten Wiener Banken aufzubringen.

Bis Ende dieses Jahres sollen 25 000 Staatsangestellte, d. h. ein Zehntel der ganzen Beamenschaft, entlassen werden. Die Entlassungen sollen auch in den beiden nächsten Jahren fortgesetzt werden; auch in den Ministerien und in den Staatsbetrieben sind Vereinfachungen vorgesehen.

### Von der Internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 5. Nov. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf hatten die deutschen Vertreter beantragt, daß neben der englischen und französischen auch die deutsche Sprache als Verhandlungssprache zugelassen werde. Der Antrag wurde aber nicht einmal zur Abstimmung gebracht. Die Deutschen verließen darauf die Versammlung. Die Konferenz wurde geschlossen. Von praktischer Bedeutung ist sie nicht gewesen.

### Mussolinis eiserner Beien

Rom, 5. Nov. Mussolini überraschte den Ministerrat mit einem vollständigen Regierungsprogramm, das die seit vier Jahren ungelösten Aufgaben in Angriff nimmt und den gemeinsamen Amtszug der bisherigen parlamentarischen Weisheit bedeutet. Alle unnützen Ämter der Ministerien und Behörden werden abgeschafft, desgleichen unrentable Staatsmonopole, Eisenbahnen, Schifffahrt, Post, Telegraph und Telephon, soweit sie mit einem Fehlbetrag arbeiten, werden entstaatlicht, um das Interesse des Personals an dem Gedeihen wieder zu erwecken. Die umfassende Finanzreform sieht die Abschaffung der Namenpapiere und die Einschränkung der Bureaus vor. Mit der Unsicherheit des Unterbringens von Parteifreunden in Staatsstellen wird rücksichtslos gebrochen, so daß also die Funktionäre keinen persönlichen Vorteil aus dem Amtszug ziehen können.

Für den 4. November sind zwei große Siegesfeste vorgesehen. Die Eröffnung von Kammer und Senat ist auf den 16. November festgesetzt.

### Die Abhebung des Sultans

Paris, 5. Okt. Havas meldet aus Konstantinopel, die Regierung von Angora werde alle seit dem 16. März 1920 (Einführung der Nationalversammlung von Angora) von der „Verwaltung“ in Konstantinopel abgeschlossenen Verträge für ungültig erklären. Obgleich mit der Abhebung des von England eingesetzten Sultans Muhammad VI. zugleich das ganze Haus Osman entthront wurde, weshalb die Bezeichnung Osmanisches Reich in Türkisches Reich abgeändert worden ist, wünscht die Regierung von Angora das Kalifat, die geistliche Spitze des Islam, den Türken zu erhalten und es soll innerhalb der staatlichen türkischen Republik ein Kalif des Hauses Osman zum Kalifen gewählt werden. Dafür soll Prinz Abd. I. Mehmed, ein Sohn des 1876 abgesetzten Großsultans Abd. Niz. in Aussicht genommen sein.

Konstantinopel, 5. Nov. Reuter. Man befürchtet, daß die Abhebung des Großsultans zu Schwierigkeiten mit den Verbündeten führen werden. In Indien soll die Entthronung bei den Mohammedanern ungünstig aufgenommen worden sein.

## Württemberg

Stuttgart, 3. Nov. Vom Landtag. Der Finanzausschuss hat die für Anstalten der Jugendfürsorge vorgesehenen Staatsmittel von 170 000 auf 850 000 Mark erhöht. Bezüglich der Brennholzversorgung für 1923 tritt das Arbeitsministerium für Zwangsbewirtschaftung und Erfassung des Bedarfs ein, während die Forstverwaltung die freie Verfügung über das anfallende Brennholz befürwortet; sie werde sich für die Aufbringung der erforderlichen 976 000 Festmeter verbürgen. Die sozialistischen Ausschussmitglieder waren für Zwangsbewirtschaftung. Die bürgerlichen Parteien dagegen richteten an die Regierung die Aufforderung, durch angemessene Heranziehung der Staats-, Gemeinde- und Privatwaldungen für die nötigen Beschaffungen Sorge zu tragen. Der Finanzminister erklärte, es seien neue Verhandlungen des Finanzministeriums, dem die Staatsforstverwaltung untersteht, mit dem Arbeitsministerium erforderlich. Die Angelegenheit wurde demgemäß vertagt.

Die Studentenklubs für die Studierenden der Technischen Hochschule in Stuttgart wurde am Freitagabend feierlich eröffnet.

Vom Tage. Der junge Kaufmann, der in der Nacht zum 30. Oktober im Streit von einem Reichwehrgoldaten gestochen wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

Cannstatt, 4. Nov. Unglücksfall. Von einem Baugerüst an der Ecke der Karl- und Dederstraße hier, wo gegenwärtig die alte Eisenbahnbrücke abgetragen wird, stürzte gestern mittag ein Arbeiter auf einen Pfästerer herab, der sofort tot blieb, während der Abgestürzte selbst mit Kopfverletzungen davon kam. Das schwere Unglück traf den Pfästerer in dem Augenblick, als ihm seine Frau gerade das Mittagessen bringen wollte.

Vaihingen a. G., 4. Nov. Zu viel Milch. Gestern herrschte hier Ueberfluß an Milch. Mittags mußte durch die Ortschelle bekannt gemacht werden, daß am Nachmittag Vollmilch in unbeschränkter Menge abgegeben werden könnte. Trotzdem blieben noch etwa 140 Liter unerkauft. Dieser Rückgang im Verbrauch ist eine Folge der außerordentlichen Preissteigerung. 50 M für ein Liter Milch können die wenigsten Leute ausgeben, und wer keine Kinder hat, beifügt sich lieber ohne Milch.

Freudenstadt, 5. Nov. Bretterabgabe zu Särgen. Nach dem Beschluß des Gemeinderats wird die Gemeinde an jedermann Bretter zur Anfertigung von Särgen

abgeben und zwar an Mittellose unentgeltlich, im übrigen soll der Preis jeweils nach der Vermögenslage des Verbrauchers durch eine Kommission festgesetzt werden.

Oberndorf, 4. Nov. Wilhelm Mäuser-Stiftung. In der letzten Gemeinderatsung gab der Vorsitzende die Stiftungsurkunde über die von Fabrikant Dr. Alfons Mäuser in Köln zum Andenken an seinen Vater seiner Heimatstadt Oberndorf für gemeinnützige Zwecke gemachte Wilhelm Mäuser-Stiftung bekannt. Danach sollen 100 000 M sofort für Bedürftige verwendet werden, 50 000 Mark für Schulen, Spitäler, Friedhöfe, Heimatpflege und andere Wohltätigkeitsanstalten verwendet werden.

Schramberg, 4. Nov. Mordversuch und Selbstmord. Freitag früh schoß nach kurzem Wortwechsel der verheiratete Sipser und frühere Besitzer der Vinde, Kaver Schmid seinen Nachfolger, den ledigen Konditor Stechele in den Rücken und tötete sich dann selbst. Die Verletzung des Stechele ist nicht lebensgefährlich. Schmid und Stechele lebten in Unfrieden, da letzterer den Schmid beim Verkauf der „Vinde“ übervoorteilt haben soll.

Udelmannsfelden, 5. Nov. Mordtatsache. Der Raubmord vom 21. Oktober in Papiermühle an der Bauersechtrud Johanna Böhler ist aufgeklärt. Außer dem in Wylben bei Vöhrach auf der Flucht in der Schweiz festgenommenen 19jährigen Dienstmädchen Ruppert Schwanzle sind noch als weitere Täter der 27 Jahre alte Bäcker Christian Maier von Betra in Hohenzollern und der 20jährige Hilfsarbeiter Ernst Schrotz von Ottenhausen, M. Neuenbürg, in Schwanningen ermittelt und verhaftet worden.

## Notales.

Wildbad, den 6. Nov. 1922.

Die neue Postgebührenerhöhung soll, wie der Reichspostminister im Reichstagsausschuss mitteilte, spätestens am 15. November in Kraft treten. Der Ausschuss hat die vorgeschlagenen Erhöhungen angenommen. Die Gebühr beträgt demnach bei Karten im Drisverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 6 Mark, bei Briefen im Drisverkehr 4 Mark, im Fernverkehr 12 Mark.

Gefährlicher Briefverschluss. Durch die Verwendung von Metallklammern mit scharfen Spitzen zum Verschluss von Briefsendungen, besonders von Warenproben, sind schon wiederholt Postbeamte und andere Personen verletzt worden. Da derart verschlossene Sendungen auch von den fremden Postverwaltungen beaufschlagt werden, dürfen künftig nur noch Klammern mit abgerundeten Enden zum Verschluss von Briefsendungen des Inlands- und Auslandsverkehrs benutzt werden. Um das Ausbrauchen vorhandener Bestände zu ermöglichen, soll die Verwendung von Klammern mit scharfen Spitzen bis Ende d. J. gestattet werden, wenn die Spitzen so umgelegt werden, daß eine Verletzung der Beamten ausgeschlossen ist.

## Illerlei

Der Brausack des Kaisers. Wie nun festgestellt wurde, handelt es sich bei der Hochzeitsgabe des Kaisers an seine Braut nicht um die Beschaffung eines neuen Schmuckstücks, sondern um die Umarbeitung eines seit vielen Jahren im Besitz der kaiserlichen Familie befindlichen Diadems, das die frühere Kaiserin bisweilen bei besonders feierlichen Gelegenheiten trug.

Oesterreichische Ehrenzeichen. Der österreichische Nationalrat hat beschlossen, daß für Verdienste um die Republik Oesterreich besondere Ehrenzeichen verliehen werden sollen.

Grenzsperrung. Die Kreisregierung in Augsburg hat mit Genehmigung des bayer. Ministeriums des Innern für den kleinen Grenzverkehr zwischen Bregenz (Vorarlberg) und Lindau an Samstagen und Sonntagen die Grenzsperrung angeordnet, weil die Bregenzberger nachgerade sich stark auf den deutschen Ausverkauf zu verlegen begannen und auch an dem bayerischen Bier mehr gefallen fanden, als ihnen gut und den Lindauern lieb war.

Der Milchpreis in Berlin wurde vom dortigen Magistrat auf 108 Mark für das Liter festgesetzt.

Eigenartige Luftvergiftung. In Bellingen bei Müllheim (Baden) erkrankte die Familie des fahrenden Geschirrhändlers Berger unter Vergiftungserscheinungen. Ein Sohn ist bereits gestorben. Die Vergiftung wird darauf zurückgeführt, daß die Familie in einem frischgetünchten Zimmer schlief, dessen Kalktünche anscheinend eine giftige Farbe beigemischt war.

Die Freiheit und Gleichheit in Frankreich. Ein Lehrer aus dem Elsaß, der in Bourges (Frankreich) seine gefehliche Militärzeit von 18 Monaten abgedient hatte und ordnungsmäßig entlassen worden war, wurde nach der Rückkehr in die Heimat sofort wieder auf das Rekrutierungsbureau befohlen, wo ihm eröffnet wurde, er habe sich sofort wieder beim Regiment zu melden. Die 18monatige Dienstzeit gelte nur für Franzosen, nicht für Elsässer, letztere haben länger zu dienen.

Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, ist in Doorn eingetroffen.

Opfer der Zeit. Aus Mannheim wurde kürzlich gemeldet, daß im letzten Vierteljahr 60 Friseurgeschäfte geschlossen haben. In Frankfurt sind in einer Woche 71 Friseurstuben eingegangen.

Auslösungslid. Bei einer Vergnügungsfahrt von Angestellten einer Berliner Firma geriet der Kraftwagen an einer Straßenbiegung bei Niederschönweide in voller Fahrt in den Straßengraben und überschlug sich. Zwei Insassen wurden sofort getötet vier erlitten Verletzungen.

## Handelsnachrichten

Dollarkurs am 4. Nov. 6040.— (6265.00).  
1 engl. Pfd. 26 231.70, 100 holl. Gulden 238 900.—, 100 Schw. Fr. 110 223.—, 100 franz. Fr. 41 306.—, 100 ital. Lire 25 236.—, 100 öst. Kr. 8.04, 100 tschech. Kr. 24 100.—

6 Milliarden Banknoten täglich. In einer Wahlversammlung der Zentrumspartei in Dresden teilte Reichspostminister Gieseler mit, daß in der dem Reichspostministerium unterstellten Reichsdruckerei gegenwärtig für sechs Milliarden Mark Papiergeld hergestellt werde.

Die Umlaufstrecken für Notgeld wurden nach der Mitteilung des amtlichen preußischen Pressedienstes bis 15. Dezember verlängert, auch wenn auf den Scheinen ein früherer Fristablauf ausdrücklich vermerkt ist.

Die neuen Kohlenpreise. Das Rhein.-Westf. Kohlenyndikat bringt ab 1. November unter Einrechnung der Steuer Aufschläge von ungefähr 60 v. H. auf die bisherigen Preise. Die veredelten Sorten stellen sich nunmehr auf ungefähr 10 000—13 000 M die Tonne. Brechkohle 1 und 2 über 14 000 M. Die Preise verstehen sich ab Waggon, Seife und enthalten die Umlosterne und die ab 1. April 1922 von 20 auf 40 v. H. erhöhte Kohlensteuern.

Weitere Notgeldpreiserhöhung. In der Sitzung des Notgeldausschusses wurde festgestellt, daß mit Rücksicht auf die neue Steigerung sämtlicher Preisfaktoren eine erhebliche Erhöhung der Höchstpreise ab 1. November erforderlich sei. Dementsprechend wurden die Preise wie folgt erhöht: Hämmer um 35 132 auf 83 994, hupferarmes Stahleisen um 35 132 auf 83 320, Stahleisen 1 um 33 488 auf 73 662, 3 um 33 488 auf 73 592, Stahleisen 2 um 41 821 auf 75 320, Spiegelblech um 40 777 auf 77 356, Stahleisen 3 um 41 821 auf 75 320, Spiegelblech um 40 777 auf 77 356, Stahleisen 4 um 41 821 auf 75 320, Spiegelblech um 40 777 auf 77 356, Ferroblech 10 v. H. um 40 852 auf 95 000, Temporeisen um 31 633 auf 80 170. Die Preise schließen die Karb., Kohle- und Fracht-kosten ein. Für Siegerländer Stahleisen und Spiegelblech gelten sie vorbehaltlich einer Verichtigung auf Grund des endgültigen, zurzeit noch nicht feststehenden Eisenpreis.

41 000 Mark für 100 Mio Weizenmehl. Die Süddeutsche Mehlvereinerhöhung erhöhte den Höchstpreis für Weizenmehl Spezial 0 weiter von 39 500 M auf 41 000 M für die 100 Mio mit Sach ab Mühle.

Eine Zentralorganisation des Mehlhandels. Der Verein süddeutscher Mehlhändler hat auf einer dieser Tage in Frankfurt gehaltenen Versammlung die Schaffung einer den gesamten deutschen Mehlhandel umfassenden Organisation gubezweigt.

## Märkte

Stuttgart, 4. Nov. Dem Markobstmarkt auf dem Nordbahnhof sind an den beiden letzten Tagen neu angeführt worden 23 Wagen, ausschließlich aus Württemberg. Preis wogenweise 12 000 Kg.: 60 bis 64 000 M, im Kleinverkauf 300 bis 350 Mark für 1 Zentner.

Stuttgarter Aldermarkt, 4. Nov. Zufuhr auf dem Charlottenplatz 6000 Stück. Preis 600 M für 50 Kilogr.

Tabakverkäufe in Baden. In den meisten Orten der Bruchsaler Gegend sind die Gruppen und Sandblatt zu guten Preisen verkauft. In Hattenheim wurden für Gruppen 8—10 000 M, für Sandblatt 19—20 000 M erzielt, in Neudorf für Gruppen 9000 M, für Sandblatt 18—19 000 M; in Hambrücken für Gruppen 7—8000 M, Sandblatt ist dort noch unverkauft; Neuhardt verkaufte Sandblatt zu 18 000 M. Fort mußte mit geringeren Preisen vorlieb nehmen, da der Tabak verpagelt war, Gruppen und Sandblatt wurden zu je 5000 M der Zentner verkauft.

Hamburger Futtermittelmarkt vom 1. Nov. Reisfüttermehl 24—28 v. H. Fett und Protein 7500—7850 M, Reisfüttermehl weißes, 8100—8500 M, Palmkernschrot 6200—6600 M, Weizenkleie 5200—5400 M, Erbsenkleie 12 500—13 000 M, Kokostruchel 8200—8500 M, Palmkernkuchen 7500—8000 M, Rapskuchen 6800—7000 M, Leinöl 13 000—13 500 M, Mais 8300 bis 9000 M für den Zentner ab Hamburg.

Hawen i. A. Vom Schneckenmarkt für Schnecken werden von einem Aufkäufer 5 M für das Stück (für Schneckenhäuschen 50 Pfg.) bezahlt. In Hechingen werden für Schnecken 10,50 M pro Stück bezahlt. — Nach den neueren Preislisten, so äußerte sich ein eifriger Schneckenjäger, müßte jede Schnecke 12 M kosten.

## Wetter-Bericht

Der Luftwirbel beherrscht immer noch ganz Deutschland. Am Montag und Dienstag ist bei kurzer Zwischenstille vorwiegend trübes, mäßig kühles und mit zahlreichen Niederschlägen verbundenen Wetter zu erwarten.

Stadt Wildbad.

## Straßensperre.

Wegen Ausführung von Kanalbauarbeiten ist die König-Karlstraße von der Drehscheibe bis zur Hindenburgbrücke vom Donnerstag, den 9. Nov. an bis zur Fertigstellung der Arbeiten gesperrt.

Stadtbauamt Wildbad: Munk.

Wildbad, den 4. November 1922.

## Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater

## Jacob Hammer

nach längerer Krankheit im Alter von 78 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

## Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung heute Montag nachm. 4 Uhr.

Achtung!

Achtung!

## Raucher!

Zigarren-Reklame-Angebot!

Um zahlreichen Wünschen aus den Raucherkreisen entgegenzukommen, versende ich ab jetzt meine bestbekanntesten Zigarren direkt an die Verbraucher schon in kleineren Mengen

zu Original-Engrospreisen!

Um nun jeden Raucher von der guten Qualität und Billigkeit meiner Zigarren zu überzeugen, versende ich an jeden Einsender

dieses Inserats eine sortierte Musterkiste mit je 10 Zigarren

à 7.—, 8.—, 9.—, 10.—, 12.—, 16.— und 18.— Mark zum Reklamepreise von zus. nur Mk. 630.— incl. Porto bei Voreinsendung des Betrages im Einschreibebrief oder durch Postanweisung.

Die Zigarren bestehen nur aus guten, abgelagerten Tabaksorten und wird bestimmt bei späterer Bestellung dieselbe Qualität nachgeliefert.

Ad. Hoffer, Salungen, Sulzbergerstr. 38.

Fasskorke, Spunde, Spitzkorke.

A. u. W. Schmit, Med.-Drogerie

Inserate heben den Geschäftsbetrieb.